

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Bundesregierung über Art und Umfang von Persönlichkeitsrechtsverletzungen und von Verletzungen des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb durch Internetinhalte unterhalb der Strafbarkeitsschwelle in den Jahren 2015 und 2016

Der Deutsche Bundestag hat die Bundesregierung in der Entschließung vom 2. Juni 2016 auf der Grundlage von Bundestagsdrucksache 18/8645 aufgefordert, bis Ende des Jahres eine Erhebung durchzuführen und deren Ergebnisse vorzulegen. Dabei geht es um Art und Umfang von Persönlichkeitsrechtsverletzungen und von Verletzungen des Rechts am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb der letzten zwei Jahre durch Inhalte unterhalb der Strafbarkeitsschwelle auf Plattformen im Internet. Weiterhin hat der Bundestag die Bundesregierung aufgefordert, rechtzeitig in der laufenden Legislaturperiode einen Gesetzentwurf vorzulegen, falls sich aus den Ergebnissen der Erhebung ein Rechtssetzungsbedarf ergibt. Hintergrund war die Frage, ob die Rechtsverfolgung möglicherweise an den Datenschutzbestimmungen des Telemediengesetzes (TMG) scheitert, insbesondere wegen des eingeschränkten Rechts auf Auskunftserteilung in § 14 Absatz 2 TMG.

Da hierzu keine statistischen Quellen vorliegen, aus welchen sich diese Informationen erheben lassen, hat das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hierzu eine Befragung der beteiligten Kreise (Wirtschaftsverbände und Datenschutzaufsichtsbehörden) durchgeführt. Diese wurden im September 2016 angeschrieben und mit Frist bis zum 30. November 2016 gebeten, Angaben zu entsprechenden Rechtsverletzungen (geschäftsschädigende oder persönlichkeitsrechtsverletzende Äußerungen), zur Anzahl der Fälle seit 2015, zur betroffenen Internetplattform (Bewertungsportale, andere) und zur Rechtsdurchsetzung (erfolgreich, nicht erfolgreich wegen § 14 Absatz 2 TMG) zu übersenden.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat darauf Stellungnahmen des Bitkom, der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger (VDZ, BDZV) und der Datenschutzbeauftragten des Landes Niedersachsen erhalten. Lediglich die Datenschutzbeauftragte berichtete von einem Fall, in der eine Auskunftserteilung wegen § 14 Absatz 2 TMG nicht erfolgte.

Die Zeitungs- und Zeitschriftenverleger sind als Portalbetreiber (Meinungsforen, Leserbeiträge und auch Bewertungsportale) unmittelbar betroffen. Sie sehen auch keine Persönlichkeitsrechtsverletzungen oder geschäftsschädigenden Äußerungen unterhalb der Strafbarkeitsschwelle. In der Regel sei die Strafbarkeit und damit auch das Recht auf Auskunftserteilung an Strafverfolgungsbehörden nach § 14 Absatz 2 TMG gegeben.

Sie berichten außerdem, dass die Strafverfolgungsbehörden Auskunftersuchen stellen und dann auch Auskunft erhalten, insbesondere auch in Fällen der geschäftsschädigenden Äußerungen. Es bestehe keine Schutzlücke, da rechtsverletzende Äußerungen auch unabhängig von Strafverfahren in aller Regel schnell und dauerhaft in einem angemessenen Verfahren entfernt werden. Tatsächlich würden aus Haftungsgründen sehr häufig sogar bloße Verdachtsfälle entfernt. Die Stellungnahme des Bitkom geht in die gleiche Richtung.

Nach dem Ergebnis der Befragung liegen dem BMWi mithin keine Erkenntnisse darüber vor, dass die wirksame Rechtsverfolgung bei Verletzungen des Persönlichkeitsrechts oder bei geschäftsschädigenden Äußerungen an den Datenschutzbestimmungen des Telemediengesetzes scheitert. Es wird infolgedessen kein Anlass für eine Ausweitung des Rechts auf Auskunftserteilung in § 14 Absatz 2 TMG gesehen.

